

**Unterstützung eines Beschlusses des Bundesrates zur Bereitstellung von Mitteln für Umwelt und Naturschutz**  
(Drucksache Nr. 160)

Ich bitte den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Herrn Matthias Platzeck, das Wort zur Begründung zu nehmen.

**Platzeck für alle Fraktionen:**

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Etwas ganz Friedliches zwischendurch, worüber sich hoffentlich auch Konsens erzielen läßt.

Es hieße ja wohl Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich hier nochmals über den katastrophalen Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen zwischen Rostock und Suhl berichten wollte. Daß die Situation bedrohlich ist, ist in diesem Hause schon mehrfach und von verschiedenen Seiten vermerkt worden.

Diesem Zustand Rechnung tragend, aber auch der Tatsache, daß Spezifika der DDR-Geschichte es mit sich brachten, daß bestimmte Räume und Gebiete unseres Landes eine ungestörte Entwicklung nehmen konnten - wenn wir mal von gelegentlichen Besuchen schießwütiger sogenannter Jäger absehen - bzw. einen noch sehr geringen Zersiedlungsgrad aufweisen - von den Grenzstreifen will ich hier gar nicht reden -, gründeten Umwelt- und Naturschützer sowie bekannte Persönlichkeiten aus Ost und West am 7. Mai dieses Jahres die Stiftung „Umwelt und Naturschutz“. Diese Stiftung erwirbt ab sofort Flächen, die ökologisch besonders erhaltenswert sind. Wir arbeiten hier zur Zeit insbesondere eng mit dem Ministerium von Herrn Eppelmann zusammen, und wir wollen gerade diese Gebiete auch zukünftig vor Belastungen schützen, unter anderem auch deshalb, um dem vehementen Artensterben auf dem Gebiet unseres Landes Einhalt zu gebieten.

Durch Zuschüsse will die gemeinnützige Stiftung außerdem Projekte von privaten Initiativen sowie von Umwelt- und Naturschutzverbänden fördern. Diese verfügten bisher nur über geringe Mittel und Entfaltungsmöglichkeiten und sind deshalb auf Unterstützung angewiesen. Die Stiftung wird aber eigene Modellvorhaben anpacken, um dem Umweltschutz in der DDR neue Impulse zu geben. Sie versteht sich als konstruktiv-kritische Ergänzung staatlichen Handelns. Ich halte es dabei für eine gute Ausgangslage, daß im Vorstand von unserer Präsidentin Frau Dr. Bergmann-Pohl bis hin zum bekannten Ökologen Prof. Dr. Succow, vom Juristen und Analytiker Henrich bis zur Umweltautorin Marianne Dörfler und vom CDU-Abgeordneten Dr. Bechstein bis zum PDS-Abgeordneten Prof. Hege- wald ein breites Spektrum vertreten ist. Dies ist für mein Empfinden der einzig richtige Ansatz, um die angesprochenen Probleme lösen zu können.

Günter Nooke sprach vorhin davon, daß den, der zu spät kommt, nicht nur die Zeit, sondern auch die parlamentarische Praxis bestraft. Der Stiftungsvorstand war ein Opfer dieses Zuspätkommens. Wir haben uns nicht rechtzeitig - auch aufgrund der mangelnden Mithilfe des Postministeriums, sprich des Telefonnetzes der DDR - mit dem Bundestag in Verbindung setzen können, um zu dem Zeitpunkt, der angebracht gewesen wäre, noch in die Gesetzgebung einzugreifen, die zusammenhängt mit der Installierung der Bundesstiftung, unter dem Kürzel Salzgitterstiftung vielleicht vielen ein Begriff. Den Beschluß des Bundesrates vom 6. Juli, der hier im Antrag angesprochen ist, haben nun deshalb im Nachgang einige Ministerpräsidenten von Bundesländern der Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsvorstand initiiert; denn diese Freunde aus der Bundesrepublik haben erkannt, daß eine Stiftung auf dem Gebiet der DDR noch lange nötig sein wird, da uns unsere spezielle Problemstruktur wohl noch einige Zeit ausweisen wird.

Es handelt sich bei diesen 10 %, die in diesem Antrag angesprochen sind, um einen Betrag von ca. 15 bis 20 Mio DM, die dann der Förderungsarbeit der Stiftung zur Verfügung stünden. Damit der zweite Teil der Arbeit - der Beschluß des Bundesrates ist nur der eine Teil - unterstützende Begleitung auch durch die Volkskammer erfährt, bitte ich Sie, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Ich bedanke mich.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Danke schön, Abgeordneter Platzeck. - Meine Damen und Herren! Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen dem Präsidium keine Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung über den von den Fraktionen eingebrachten Beschlußentwurf zur Unterstützung eines Beschlusses des Bundesrates zur Bereitstellung von Mitteln für den Umwelt- und Naturschutz, verzeichnet auf Drucksache Nr. 160. Wer diesem gemeinsamen Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dieser Beschlußentwurf ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 a auf. Hierbei handelt es sich um den vorgezogenen Tagesordnungspunkt 24. Darüber hatten wir uns eingangs beim Einbringen der Tagesordnung verständigt.

Tagesordnungspunkt 5 a:

**Beschlußeempfehlung des Wirtschaftsausschusses Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR, (2. Lesung)**  
(Drucksache Nr. 126 a)

Ich bitte den Vertreter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Nooke, das Wort zur Begründung zu nehmen.

**Nooke, Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuß hat sich mit dem Antrag der Liberalen in einer umfangreichen Sitzung und auch unter Anhörung verschiedener Vertreter der Regierung und der Interessen aus Energiewirtschaft und Universität beschäftigt. Ihnen liegt die Drucksache Nr. 126 a vor. Der Wirtschaftsausschuß empfiehlt der Volkskammer, den Antrag der Fraktion Die Liberalen in der geänderten Form zu beschließen. Der Antrag lautet jetzt:

„Die Regierung wird beauftragt, die Treuhandanstalt sofort anzuweisen, mit allen interessierten Elektrizitätsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen einzutreten, um für die Umstrukturierung der Stromwirtschaft der DDR eine wettbewerblich verträgliche Lösung zu erreichen.“

Zweitens wurde im Wirtschaftsausschuß beschlossen:

„Der Wirtschaftsausschuß beantragt beim Präsidium der Volkskammer die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu Problemen der Energiewirtschaft und eines zukünftigen Energiekonzepts. Die Enquete-Kommission ist aus 50% Parlamentariern und Fachwissenschaftlern neu zu besetzen.“

Als Begründung kann man auf der Rückseite der Drucksache die Auffassung des Wirtschaftsausschusses nachlesen, dies sei nach Auffassung des Wirtschaftsausschusses notwendig, da die bisher eingesetzte Arbeitsgruppe ihren Auftrag nur auf die Untersuchung der Vorfälle zum Kraftwerk Boxberg begrenzt hat. Die Enquete-Kommission tritt also an die Stelle der Arbeitsgruppe. Sie sollte aufgrund fachlicher Diskussionen Empfehlungen für ein ökologisches, ökonomisches, wettbewerbs- und nachfrageorientiertes Energiekonzept erarbeiten, die auch die Rechte der Kommunen und zukünftigen Länder berücksichtigen. Der Wirtschaftsausschuß sieht in dieser Kommission den geeignetsten Weg, den auch im Ausschuß vorgetragenen unterschiedlichen Meinungen und Modellen fachlich gerecht zu werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir aus der Sicht unserer Fraktion Bündnis 90/Grüne noch eine Bemerkung zu dem Ihnen ebenfalls vorliegenden SPD-Antrag zu dieser Drucksache, dem wir uns inhaltlich anschließen, der im Wirtschaftsausschuß aber nicht Bestandteil der Empfehlung für die Kammer geworden ist. Die Energiewirtschaft ist ein derart brisanter Bereich, daß hier Eigentums- und damit Entwicklungsfragen nicht von einzelnen Vertretern der DDR unter einem künstlich erzeugten Zeitdruck entschieden werden dürfen. Hier ist eine fundierte politische, aber auch fachliche Meinungsbildung erforderlich. An dieser Stelle ist wieder einmal einzuklagen, daß die unterschiedlichen Entwicklungsvarianten bisher nicht gründlich nebeneinander gestellt wurden. Von da-